Stimmen aus dem Bündnis

Anja Piel, DGB-Bundesvorstandsmitglied:

"Es ist völlig klar, dass die deutliche Mehrheit eine Pflegeversicherung will, die alle Pflegekosten übernimmt. Schließlich kann sich jetzt schon eine große Gruppe die Eigenanteile für die stationäre Pflege nicht mehr leisten und muss dafür Sozialhilfe beantragen. Die Last steigt für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in den letzten Jahren immer weiter. Das Ziel, für das wir streiten müssen: Pflege darf niemanden arm machen. Diese Bundesregierung muss sich der großen Herausforderung Pflege endlich annehmen und eine solidarische Pflegevollversicherung einführen."

Prof. Dr. Schraml, 1. Vorsitzender des Bundesverbandes der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen (BKSB):

"Ohne eine grundlegende Reform der Pflegefinanzierung wird die Altersarmut schnell und stark ansteigen – das kann nicht das Ergebnis von 28 Jahren Pflegeversicherung sein!"

Bernadette Klapper, Bundesgeschäftsführerin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK):

"Gute pflegerische Versorgung ist zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, denn sie ist gelebte und strukturell angelegte Solidarität in Situationen der Schwäche für uns alle. Es ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den Zugang zu professioneller Pflege sicherzustellen. Die Finanzierung von Pflege ist die eine Seite der Medaille, die Stärkung der beruflich Pflegenden die andere."

Kathrin Sonnenholzner, Präsidentin der Arbeiterwohlfahrt (AWO):

"Uns läuft die Zeit für die Rettung der Pflege davon – es ist buchstäblich fünf nach zwölf. Wenn wir uns nicht in den kommenden Monaten mitten im Kollaps des Pflegesystems wiederfinden wollen, müssen wir endlich weg von kosmetischen Reförmchen hin zu einem echten Systemwechsel – und zwar sofort!"

Sebastian Wegner, Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität:

"Die Pflegevollversicherung mit Abdeckung aller pflegebedingten Risiken ist nötig, um gesamtgesellschaftlich und solidarisch dem Armutsrisiko durch Pflegebedürftigkeit entgegenzutreten und so einen sozialen Ausgleich zu schaffen."

Michaela Engelmeier, Vorstandsvorsitzende Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD):

"Die Eigenanteile in der stationären Pflege überschreiten schon heute die Durchschnittsrente in Deutschland um mehr als das Doppelte. Das können immer weniger Pflegebedürftige bezahlen. Im ambulanten Bereich steigt v. a. die Gefahr der Unterversorgung, weil Betroffene allein aus Kostengründen auf notwendige Pflegeleistungen verzichten, da sie die hohen Zuzahlungen aus eigener Tasche nicht mehr aufbringen können. Es war ein Konstruktionsfehler, die Pflegeversicherung als Teilkostenversicherung auszugestalten. Wir brauchen endlich eine solidarische Pflegevollversicherung, die bedarfsgerecht alle pflegebedingten Kosten übernimmt."

Susanne Maier, Mitglied im Vorstand des Deutschen Frauenrats:

"Wir wissen, dass Frauen besonders häufig von Altersarmut betroffen sind. Kommt eine Pflegebedürftigkeit hinzu, steigt das Risiko, in Armut zu leben, weiter an. Wir brauchen einen echten Paradigmenwechsel in der Pflegeversicherung, um diese Armutsfalle endlich zu beenden. Statt kleiner Reformschritte muss die Bundesregierung den Weg hin zu einer Pflegevollversicherung einschlagen!"

Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbundes:

"Die Pflegeversicherung versagt kläglich! Der Anteil der Sozialhilfeempfänger in den Heimen wird bald wieder so hoch, wie vor ihrer Einführung sein. Hier ist es höchste Zeit für die Solidargemeinschaft einzuspringen! Die Pflegeversicherung muss endlich wieder ihren eigentlichen Zweck erfüllen: die finanzielle Last der Pflegekosten übernehmen und somit das Armutsrisiko für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen drastisch reduzieren."

Sylvia Bühler, ver.di-Bundesvorstandsmitglied:

"Für eine menschenwürdige Pflege braucht es gut qualifiziertes Personal. Damit sich mehr Menschen für die sinnstiftende und wichtige Arbeit in der stationären und ambulanten Pflege entscheiden und auch lange im Beruf verbleiben, müssen die Arbeitsbedingungen besser werden. Dazu braucht es eine verbindliche bedarfsgerechte Personalausstattung und vor allem bei den kommerziellen Anbietern höhere Löhne. Die Kosten für Personal und eine angemessene Bezahlung dürfen nicht zu Lasten der pflegebedürftigen Menschen gehen, denn Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es braucht einen Systemwechsel, es braucht die Solidarische Pflegegarantie. Damit die Pflegeversicherung alle pflegebedingten Kosten garantiert tragen kann, ist sie von allen Bürgerinnen und Bürgern solidarisch zu finanzieren."

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes:

"Pflege sollte wie die Gesundheitsversorgung selbstverständlich zu einem modernen Sozialstaat dazu gehören. Stattdessen entwickelt sich Pflegebedürftigkeit immer mehr zu einer echten Armutsfalle, daran ändert auch die aktuelle Pflegereform nichts. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung die Pflegeversicherung aus der Sackgasse holt und den Menschen mit einer Pflegevollversicherung Sicherheit gibt."